

Vorrede: Dialog und Kritik

Im christlich-islamischen Dialog ist vieles in Bewegung gekommen. Die etablierten islamischen Verbände waren über lange Zeit gesetzte und offiziell aufgebaute Partner im Dialog. Dies gilt auch für den staatlichen Dialog mit den Muslimen. 2006 wurde die Deutsche Islamkonferenz (DIK) ins Leben gerufen, nach den Wissenschaftsratsempfehlungen 2010 wurden an mehreren Standorten in Deutschland Lehrstühle für islamische Theologie an öffentlichen Universitäten eingerichtet.¹

Solange sich die Türkei in Richtung Europäische Union bewegte und diesem Streben mit einem enormen wirtschaftlichen Aufschwung Nachdruck verlieh, sah man hierzulande kaum Anlass, die Partnerschaft im Blick auf die Muslime in Deutschland (z. B. DITB) zu hinterfragen. Die Weichen waren bis weit in die 2000er Jahre auf eine gemeinsame Zukunft gestellt. Mit den politischen Entwicklungen in der Türkei veränderte sich die Situation jedoch auch in Deutschland. Im Zuge des „neo-osmanischen Paradigmenwechsels“ in der Türkei, der auf dem Erfolg der strategischen Entscheidungen der AKP-Führung aufbaut und mit geopolitischen Ambitionen einhergeht, die nicht zuletzt an der offen positiven Haltung gegenüber islamistischen Bewegungen wie der palästinensischen Hamas oder der syrischen und der ägyptischen Muslimbruderschaft abzulesen sind, hat sich die Lage inzwischen dramatisch gewandelt. Wir erleben in der Türkei derzeit den Aufbau einer neuen Republik, die darauf ausgerichtet ist, sich vom Westen unabhängig zu machen. Dass sich die führende islamisch-konservative AK-Partei inzwischen die Macht mit Rechtsextremen teilen muss, macht die Sache nicht einfacher. So waren die letzten Jahre gekennzeichnet von tiefen Zäsuren, die auch den christlich-islamischen Dialog unmittelbar betrafen. Ein markantes Warnsignal war die Kölner Rede des damaligen Premiers Recep Tayyip Erdoğan im Februar 2008 vor 16 000 Türken, in der er vor Assimilation warnte und diese als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnete (vgl. unten 2.2.8). Die anhaltenden Proteste gegen die Regierung Erdoğan im Sommer 2013 (Gezi-Park-Demonstrationen) wurden rabiat unterdrückt. Ende 2013 wurde der Bruch zwischen den früheren Partnern Erdoğan und Fethullah Gülen offenbar. Die Armenienresolution des Deutschen Bundestages Anfang Juni 2016 und der Putschversuch in der Türkei wenige Wochen später im Juli 2016 erschütterten das Verhältnis zwischen Deutsch-Türken und Mehrheitsgesellschaft nachhaltig. Die Türkei Erdoğan verfolgt seither mit allen Mitteln die Anhänger Fethullah Gülen, dem er die Hauptschuld am versuchten Putsch gibt. Gülen's Hizmet-Bewegung wurde als Terrororganisation eingestuft („FETÖ“), mit dramatischen Folgen für Hunderttausende, mit Folgen auch für die

¹ Tübingen (2011), Münster/Osnabrück (2012), Nürnberg-Erlangen (2012), Frankfurt a. M./Gießen (2013), planmäßig ab 2019 auch in Berlin.

hiesigen türkischen Gemeinden. Denn bewegten sich bis dahin DİTİB-Gemeinden und Hizmet-Anhänger im selben Milieu, trieb nun der scharfe Keil des Misstrauens und der Feindschaft die Spaltung bis tief in die Gemeinschaften und bis in die Familien hinein. Entsetzt nahm man zur Kenntnis, dass türkische Religionsbeauftragte im Auftrag des türkischen Staates Mitbürgerinnen und Mitbürger ausspionierten, nur weil sie angeblich der Gülen-Bewegung angehörten. Die Spionagevorwürfe gegen DİTİB-Funktionäre schienen für manche der Tropfen zu sein, der das Fass zum Überlaufen brachte. Jedenfalls sind Zerwürfnisse, Abbrüche auch in persönlichen Beziehungen zu beklagen – von beiden Seiten der christlich-islamischen Dialogpartner. Die Glaubwürdigkeit, die Tragfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit der Dialogbeziehungen wurden ernsthaft infrage gestellt. Irritiert sucht man seither nach den Bausteinen, die zu einem tragfähigen Fundament für eine gemeinsame Zukunft zusammengesetzt werden könnten. Es stellt sich verstärkt die Frage, wer geeigneter Partner im Dialog ist, auch jenseits der etablierten Verbände. Zwar betreten neue Akteure der jüngeren Generation das Feld. Dazu gehören neben Initiativen säkularer Muslime die Alhambra-Gesellschaft, die Deutsche Islam Akademie (DIA) oder neuestens die Muslimische Gemeinschaft NRW. Hier ist aber ein Überblick erst noch zu gewinnen, wohin die Reise geht.

So viel Türkei? Ja, um die gegenwärtige Lage zu verstehen, sind Kenntnisse über die Hintergründe, einige Rahmenbedingungen sowie eine Orientierung über die geschichtlichen Entwicklungen, die zur heutigen Situation geführt haben, unabdingbar. Hier setzt dieser EZW-Text an. Er informiert über die islamischen Verbände, die sich im Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) zusammengeschlossen haben. Dabei spielt die Türkei dem türkischen Anteil unter Muslimen in Deutschland gemäß eine große Rolle.² Aber nicht nur, es geht ebenso um arabischsprachige Milieus und Organisationen, die dem Umfeld der Muslimbruderschaft zugerechnet werden. Ziel dieses EZW-Textes ist *nicht* eine Darstellung der Geschichte des Islam in Deutschland, auch nicht der Geschichte der einzelnen Vereine und Verbände. Hierzu werden keine eigenen Forschungen vorgelegt, sondern vorhandene Darstellungen herangezogen und referiert.³ Dabei geht es nicht um Vollständigkeit, sondern um die Aufstellung und Zusammenführung derjenigen Aspekte, die nötig erscheinen, um die größeren Linien und Zusammenhänge sichtbar zu machen. Theologische Fragen stehen nicht im Vordergrund. Der Blick richtet sich vor allem auf die politischen Verflechtungen und – soweit erkennbar – die damit verbundenen Strategien der islamischen Akteure. Damit

² Wobei sich die Gewichte spürbar verschoben haben. Vgl. unten 5.1 bei Fußnote 308.

³ Einige Standardwerke werden regelmäßig herangezogen, s. Literaturverzeichnis. Sie decken in ihrer Unterschiedlichkeit ein gewisses Spektrum ab. Lemmen 2001 beispielsweise ist zwar alt, aber unübertroffen gründlich und zuverlässig, nach wie vor eine herausragende Quelle. Das aktuellste Überblickswerk, Rohe 2016, ist zum Thema Verbände hingegen wenig ergiebig. – Die Bezugnahmen erfolgen teilweise auch pauschal, d. h. en bloc auf Abschnitte oder Themen bezogen.

wird die Absicht verfolgt, die – präzisere, nicht einfach momentan populäre oder gar populistische! – Identifikation der Konfliktlinien zu erleichtern, die uns heute in den öffentlichen Debatten beschäftigen bzw. diesen zugrunde liegen. Das geschieht vor dem Hintergrund der Fragen des Verhältnisses von Religion und Politik, von Religion(en) und Staat, die in unserem Land nicht nur unter integrationspolitischen Gesichtspunkten zunehmend kontrovers diskutiert werden.⁴ Historische Zusammenhänge, Indizien für bestimmte Haltungen und Vorgehensweisen etwa aufgrund politischer Äußerungen oder Stellungnahmen, aber auch aufgrund von Aktionen und personellen Vernetzungen sowie Querverbindungen sollen wahrgenommen und identifiziert, dann auch bewertet werden. In dieser Hinsicht geht dieser Text über das hinaus, was in den Standardwerken zu lesen ist, vor allem was die Aktualität angeht.

Weniger im Blick sind an dieser Stelle die vielfältigen sozialen und kulturellen Aktivitäten der islamischen Akteure inklusive karitativer Aspekte, Flüchtlingsarbeit u. v. a., deren Wahrnehmung und positive Würdigung hier nicht leistbar sind, nichtsdestotrotz aber als solche große Aufmerksamkeit verdienen und in einem anderem Zusammenhang darzustellen sind.

Das Erkenntnisinteresse kann in den Fragen zusammengefasst werden: Was macht es so kompliziert, mit den islamischen Verbänden zu arbeiten, und worin liegen die spezifischen Herausforderungen im Umgang mit den (bzw. diesen bestimmten) islamischen Organisationen?

Für diese Zielsetzung schien es angemessen und ausreichend, neben eigenen Materialsammlungen und Forschungen im Wesentlichen öffentlich leicht zugängliches Material zu benutzen (Publikationen, Presse, Internet).⁵ In geringerem Maße werden Bestände aus persönlichen Archiven ausgewertet.

Dabei wird *nicht infrage gestellt*, sondern *vorausgesetzt*, dass ein konstruktiver Dialog nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Dies wird an vielen Stellen in unserem Land vor Ort lebendig vor Augen geführt. Kooperationen finden in vielen Bereichen statt, man denke nur an Dialogforen, interreligiöse Projekte, Seelsorge für Gefangene oder in Krankenhäusern, Beiräte für islamischen Religionsunterricht, Präventionsprojekte und vieles mehr. Kontakte, Gespräche, Kooperationen sind auf allen Ebenen zu suchen, Beziehungen sollen nicht abgebrochen, sondern aufgebaut werden. Immer wieder ist zu betonen, dass sich innerhalb von Gruppierungen und Organisationen auch ein Spektrum an Positionen und Haltungen findet. Ebenso gibt es an vielen Stellen einen

⁴ Vgl. dazu neu Hanna Fülling, Religionspolitik vor den Herausforderungen der Pluralisierung, EZW-Texte 259, Berlin 2019.

⁵ Die breite Verwendung und Auswertung von Presse/Medien ist in systematischer Hinsicht selbstverständlich problembehaftet. Fragen der Seriosität und der Verwertbarkeit von Presseinhalten sind in jedem Fall ernst zu nehmen, auf journalistische und wissenschaftliche Standards ist zu prüfen, die eigene Erfahrung in Dialogbeziehungen ist zu gewichten.

intergenerationalen Wandel, der für weitere Diversifizierung und Pluralisierung auch in einzelnen Organisationen sorgt, auch wenn hier zu sehen ist, dass die dritte oder bald vierte Generation der Zugewanderten teilweise zu Haltungen tendiert, die man in der zweiten Generation überwunden glaubte. Wir brauchen Brücken gerade auch in konservative islamische Milieus.⁶

Also: keine undifferenzierte Abgrenzung, vor allem keine Diffamierung und Stigmatisierung, sondern Differenzierung und Transparenz. In diesem Sinne aber eben auch keine Ignoranz und kein Wegschauen, wenn es um problematische Entwicklungen geht. Gerade weil die Aufgabe der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft in dieser Gesellschaft so dringlich ist und alle vernünftigen Kräfte benötigt, ist beides gleichermaßen unerlässlich und mit Leben zu füllen: Wertschätzung und Kritik.⁷

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich klar und unmissverständlich für Dialog und Begegnung sowie ein gemeinsames Eintreten für die freiheitsfördernden Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft ausgesprochen, denn „die Freiheit zur Religion wie auch die Freiheit von Religion kann in einer pluralen Gesellschaft nur gemeinsam vertreten und gestaltet werden“⁸. Im aktuellen Positionspapier zum christlich-islamischen Dialog vom September 2018 heißt es: „Die Evangelische Kirche in Deutschland sucht und fördert den Dialog mit Menschen muslimischen Glaubens. Sie ist davon überzeugt, dass nur durch Begegnung und Kontakt das friedliche Miteinander unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen Gestalt gewinnen kann.“⁹

Wenn dieser EZW-Text Grundlagen und Eckpunkte für die *kritische Auseinandersetzung* mit islamischen Akteuren zum Thema macht (und deshalb fokussiert), ist damit *nicht* Position bezogen für eine einseitig kritische oder gar ablehnende Haltung gegenüber Muslimen. Wo Muslime bedrängt oder gar angefeindet werden, ist unser Platz als Staatsbürger und als Christen an ihrer Seite, um solidarisch und gemeinsam für die freiheitlichen Grundlagen unserer Gesellschaft einzustehen. Ebenso wenig angebracht ist – um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen – eine Kritik, die religiöse Ausdrucksformen als solche skeptisch betrachtet und jedes Festhalten an (z. B. traditioneller) Religion tendenziell als reaktionär oder gar als potenziell gefährlich einstuft. Wir leben nicht nur in einem freiheitlichen Staat, der die Religions- und Meinungsfreiheit schätzt und schützt, sondern profitieren von den Vorzügen einer Ordnung, in der die Haltung

⁶ Allerdings wird häufig außer Acht gelassen, dass das Forum der Öffentlichkeit in vielen Fällen nicht zur „Demonstration“ der Beziehungspflege geeignet ist bzw. dafür missbraucht wird.

⁷ Zum Dialogverständnis, das hier vorausgesetzt wird, vgl. grundlegend mit eben diesem Titel: Eißler 2018 („Wertschätzung und Kritik. Zur Aufgabe des christlich-islamischen Dialogs“).

⁸ Positionspapier der EKD zum christlich-islamischen Dialog vom 24.9.2018, www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Positionspapier_der_EKD_zum_christlich_islamischen_Dialog.pdf.

⁹ Ebenso: „Die Evangelische Kirche in Deutschland bekräftigt ihr Ja zur religiösen Vielfalt in Deutschland ausdrücklich auch im Blick auf Musliminnen und Muslime und ihre Religion, den Islam. Ungeachtet der verschiedenen Offenbarungs- und Wahrheitsansprüche zwischen Christentum und Islam begegnet sie Musliminnen und Muslimen mit Respekt und Wertschätzung“ (ebd.).

des Staates mit „positiver“ oder „fördernder Neutralität“ charakterisiert wird. Wir haben in Deutschland nicht ein laizistisches System, das die Religion aus der Öffentlichkeit nach Möglichkeit verbannen möchte, vielmehr sind die Bürgerinnen und Bürger frei, ja dazu aufgefordert, ihre Anschauungen als Ressourcen für die Gesellschaftsgestaltung im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Ordnung einzubringen. Von daher sind öffentliche religiöse Artikulation, auch Mission und Propaganda nicht schon als solche kritikwürdig oder gar verboten, sondern durchaus erlaubt. Sie dürfen nicht pauschal negativ gewertet oder gar in die Nähe krimineller Aktivität gestellt werden. Dieser an sich selbstverständliche Hinweis ist für das Thema bedeutsam, da einerseits türkeistämmige Mitbürger häufig Vorstellungen von der Trennung von Staat und Religion hegen (und auf Deutschland übertragen), die von den brachialen Maßnahmen in der Geschichte des türkischen Laizismus geprägt sind, und daher in kritischen Äußerungen Feindseligkeit und Ausgrenzung wittern und andererseits in Deutschland säkularistisch-laizistische Interessen mit zunehmender Lautstärke geäußert und verfolgt werden, für die Religion überhaupt als rückständig und schädlich gilt. Auch als Folge religiöser Sprachlosigkeit äußert sich Kritik an Religion bald als Aggression, bald als pauschale Restriktion, beides in grundsätzlichem – und nicht hinzunehmendem! – Widerspruch zu einer dialogischen, aber ebenso auch zu einer an Grund- und Menschenrechten orientierten Haltung. Zugleich und mit gleichem Gewicht gehört es jedoch zur interessierten und differenzierten Wahrnehmung des Dialogpartners „auf Augenhöhe“, kritische Aspekte nicht auszublenden, sondern diese zu erkennen, anzuerkennen und – mit allem Respekt – im Dialog zu thematisieren als das, was sie sind: Stachel und Aufgabe, um für das gesellschaftliche Miteinander und dessen Grundlagen einzutreten – und deren Aushöhlung oder gar Infragestellung zu entlarven. Dabei geht es nicht um Anklage oder Denunziation, sondern um Analyse und ein Wahr- und Ernstnehmen des Gegenübers. Dies gehört zum respektvollen Umgang im Dialog, der durchaus eine kritische Dimension hat, die sich im freiheitlich und menschenrechtlich orientierten Rechtsstaatskontext in erster Linie auf die Erhaltung der Bedingungen seiner selbst für alle Beteiligten beziehen wird.¹⁰ Hier gibt es Defizite, das ist ein Ausgangspunkt dieses EZW-Textes. Zudem gehen viele der vorliegenden Veröffentlichungen zum Thema oder gingen zumindest bis vor kurzem von Entspannung und Rückgang der Konfliktslagen aus.¹¹ Dies scheint sich – leider – nicht zu bewahrheiten und wird inzwischen vielfach gründlich bezweifelt. Genügend Anlass also, sich um des Dialogs willen mit der komplexen, nicht immer erfreulichen, aber durchaus spannenden Materie zu befassen.

¹⁰ Vgl. Eißler 2018.

¹¹ Wunn 2007, selbst Gorzewski 2015 noch – was vor Augen führt, wie einschneidend die Wende seit 2016 ist: „Die religiös-politischen Spannungen haben sich weitgehend aufgelöst. Die DITB ist in mehreren Bundesländern ein anerkannter Kooperationspartner des Staates“ (Gorzewski 2015, 317). Vgl. auch Mathias Rohes im Tenor eher beschwichtigende Einschätzung der islamischen Organisationen: Rohe 2016, 151 – 159.

Gliederung und Formalia

Die Gliederung der Kapitel folgt mit leichten Variationen dem Muster: Einleitung – Geschichte – Skizze der Verbandsstrukturen – Aktivitäten in Auswahl – Einzelthemen – Vernetzungen, Querverbindungen, Umfeld – Einschätzungen. Hierbei werden die Themenaspekte nicht vollständig dargestellt, sondern der Überblick gegeben, der für den Zusammenhang sinnvoll erscheint. Mit der Auswahl der Einzelthemen wie auch der Vernetzungen und Querverbindungen wird zweifellos besonders heikles Terrain betreten. Hier leiten die Gesichtspunkte Aktualität und Relevanz für die gegenwärtigen gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatten sowie die Einschätzung, dass einige Kontexte und Umfeld der öffentlich weniger wahrgenommen werden, als es für eine sachgemäße Debatte notwendig ist. Daher liegt auf diesen Aspekten ein besonderes Augenmerk – im Bewusstsein, dass sich gerade hier viel tut und die Halbwertszeit der Informationen deshalb besonders kurz ist.

Nicht alle Angaben konnten in jedem Fall im Detail nachrecherchiert werden. Einfachheit halber werden u. U. widersprüchliche Angaben (Jahreszahlen, Mitgliederzahlen etc.) mit den Quellen notiert und nebeneinander stehen gelassen. Im religionsstatistischen Bereich haben wir im Allgemeinen vielfach kaum abgesicherte Schätzzahlen. Alle angegebenen Internetseiten wurden zuletzt im Februar 2019 abgerufen.

Nicht alles, was wichtig und wünschenswert gewesen wäre, konnte berücksichtigt werden: Die grundsätzliche Einschränkung auf die KRM-Verbände aus Zeit- und Platzgründen lässt wichtige Verbände wie die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) – die immerhin kurz erwähnt wird –, die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), aber auch die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF), den Liberal-Islamischen Bund (LIB) oder die Gülen-Bewegung (Hizmet) vermissen. Den jetzt hervortretenden, eingangs schon erwähnten neuen Akteuren der jüngeren Generation kommt zunehmende Bedeutung zu; eine Bestands- oder eher Momentaufnahme wäre von großem Interesse. Aber auch im engeren Umfeld der dargestellten Verbände konnten verschiedene Themen und Vereine nicht (mehr) berücksichtigt werden. So konnten etwa einige Milli-Görüş-Ableger wie die İsmail Ağa Cemaati (IAC) oder wichtige Mitglieder des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) wie das „Haus des Islam“, die Muslim-Ligen oder die im Sufismus beheimatete „Osmanische Herberge“ kaum oder gar nicht angesprochen werden.¹² Ein eigenes Thema wäre auch die Rolle der Frau in den besprochenen Kontexten, das im Rahmen dieser Untersuchung leider nicht angemessen berücksichtigt werden konnte.

¹² Der Haqqani Trust e. V./Osmanische Herberge in Kall-Sötenich in der Eifel (Hassan Dyck) ist ein bedeutendes Zentrum des Naqschbandi-Sufismus in Deutschland. Zum Thema Sufismus in Deutschland sei auf ein schon älteres, aber äußerst informatives Buch hingewiesen: Ludwig Schleißmann, Sufismus in Deutschland. Deutsche auf dem Weg des mystischen Islam, Köln u. a. 2003.

Ein herzlicher Dank gilt den Gesprächspartnern aus den islamischen Verbänden, die sich Zeit nahmen, um Fragen zu beantworten: Rafet Öztürk, Burhan Kesici, Seyfi Öğütü, Erol Pürlü und Aiman Mazyek. Dank auch an Hildegard Becker, Stefan Meinung, Thomas Lemmen, Ursula Spuler-Stegemann, Ragini Wahl, Hanna Fülling, Judith Kubitscheck und – last but not least – an Ulrike Liebau für tatkräftige Unterstützung, die auf ganz unterschiedliche Art und Weise dazu beigetragen hat, dass der EZW-Text jetzt so erscheinen kann.

*Friedmann Eißler
Berlin, im April 2019*